

Redaktion, Administration, Druckerei:
 Kolowratgasse 14, 1040 Wien.
 Telefon-Nr. 1000: Redaktion 373, 463, 3806.
 Administration 2489, Inseratenabteilung 1088.
 Manuskripte werden nicht angenommen und
 Manuskripte in keinem Falle zurückgegeben.
Ankündigungsbureau:
 L. Wellisch 20, Tel. Nr. 1297: Inserationspreise
 nach Tarif. Annoncen übernehmend Inserate alle
 Inseraten-Bureaus des In- und Auslandes.
Abonnement für Wien und das Inland:
 Zum Anhalten im Hauptverlage L. Wellisch 20,
 Tel. 1297, oder von der Administration L. Fichtel-
 schau 11, ... K 1800.—
 Zum Abholen in den Trunken und anderen
 Wiener Verkaufsstellen ... K 1800.—
 Bei täglicher Postversendung für Wien K 1800.—
 Bei täglich einmaliger Versendung in die
 Provinz (N. 333 der österr. Zeitungsliste) K 1800.—
 Bei täglich zweimaliger Versendung in die
 Provinz (N. 333 der österr. Zeitungsliste) K 1820.—
Einzelverkaufspreise:
 Morgenblatt oder Nachmittagsblatt am Montag und
 nach zwei Feiertagen K. 60.—, Abendblatt K. 10.—.
 Für die an Agenten, Anträger und Verzehlfahrer
 bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Postsparkassenkonti:
 Wien Nr. 28.020 | Agram Nr. 28.020
 Prag Nr. 28.020 | Ljubljana Nr. 28.020
 Budapest Nr. 28.020 | Sarajewo Nr. 28.020
 Warschau Nr. 190.170
 Konto bei der Deutschen Bank, Abk. Ausland 1. k.
 Berlin W 6, der Schweizerischen Kreditanstalt,
 Leizich, und der Banca Commerciale Triestina, Triest.
Abonnement für das Ausland.
Monatlich:
 Mit Postversendung täglich: da- mal- we-
 Czecho-Slowakei... Ch. K. 30.— 30.—
 Ungarn... Ung. K. 180.— 180.—
 Jugoslawien... Dinar 30.— 30.—
 Deutschland... Mark 30.— 30.—
 Polen... Poln. Mark 30.— 30.—
 Frankreich... Franc 30.— 30.—
 Italien... Lit. 30.— 30.—
 Bulgarien... Lev 30.— 30.—
 Rumänien... Lei 30.— 30.—
 Schweiz und alle übrigen
 Staaten des Weltpost-
 vereins... Schweiz, Franc 7.— 7.—
 Bei den Postämtern (vierteljährlich) in
 Deutschland 214 Mk., Schweiz 16 Franc, 25 Sch.
 Holland 7 Gldn. 70 ct., Schweden 24 Kr.
 30 Örs, Norwegen 16 Kr. 48 Örs, Dänemark
 17 Kr. 48 Örs, Finnland 106 San. M. 37 P.
 Belgien Fr. 15.50, Italien L. 14.47, Rumänien
 Fr. 16.50, Bulgarien Fr. 15.00.

Nr. 20671

Wien, Donnerstag, den 16. März

1922.

Die italienische Kredit- hilfe.

Wie wir erfahren, ist heute nachmittags der italienische
 Geschäftsträger in Wien Kuriti im Bundesministerium
 für Aussenere erschienen und hat die offizielle Mitteilung
 überbracht, daß sich Italien an der Kredithilfe für Oester-
 reich mit dem Betrage von 70 Millionen Lire be-
 teiligen wird.

Italiens Hilfsbereitschaft für Oesterreich.

In seiner Programmarede erklärte Ministerpräsident
 Facta, Italien stehe der kleinen Entente sym-
 pathisch gegenüber, anerkenne deren nützliche poli-
 tische und wirtschaftliche Funktion und wünsche ihr Zweck
 Konsolidierung des Friedens die Rückkehr
 normaler Verhältnisse und ein Zusammen-
 arbeiten aller Nachfolgestaaten.
 Italien habe besonders entgegenkommend mitge-
 wirkt und wirke noch mit, um einen weiteren
 Wiedergang Oesterreichs zu verhindern und
 ihm die Wiederkehr normaler Existenz-
 möglichkeiten zu verschaffen.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten in England.

Wohl gut informierten Kreisen sind die konservativen
 Gegner des Vertrages mit Irland bereit, der Re-
 gierung eine zweite Leistung zu bewilligen. Man
 glaubt, daß infolge dieser zweiten Leistung das Kom-
 missionsgutachten ernstlich gefährdet ist und
 daß die Opposition schließlich gegen den Willen der Re-
 gierung noch einige Zusätze durchdrücken werde. Wenn dies
 gelingt, wird Lloyd-George die von ihm gewünschte
 Gelegenheit gegeben werden, das Parlament auf-
 zulösen und Neuwahlen an Hand der Altern-
 native eines irischen Freistaates oder
 eines fortgesetzten Krieges mit Irland an-
 zuschreiben.
 Lloyd-George war heute wiederum in tele-
 phonischer Verbindung mit London und sprach mit Lord
 Curzon über die Rebellion in den Reihen der
 Konservativen. Sein Gesundheitszustand
 hat sich gebessert.
 Lord Derby hatte heute eine längere Unterredung
 mit Chamberlain über die Aufforderung, die Nach-
 folge Montag anzutreten. Die Unterhaltung nahm
 einen sehr zufriedenstellenden Verlauf, und man glaubt all-
 gemein, daß Lord Derby in aller Stille annehmen
 werde. In Anbetracht der jüngsten Gerüchte über die Un-
 sicherheit des Kabinetts und der vielen regierungsfeindlichen
 Strömungen versucht er natürlich, sich über die verschiedenen
 Punkte zu orientieren, ehe er sich entscheidet.
 Im Unterhause findet heute eine erschöpfende
 Debatte über den Rücktritt Montagu statt.

Die Verhandlungen zur Festsetzung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms.

Die Christlichsozialen haben heute beschlossen, mit Rück-
 sicht auf die geistige Entscheidung der großdeutschen Volks-
 partei, welche die vorläufige Bildung der geplanten Arbeits-
 gemeinschaft unmöglich macht, an alle Parteien mit
 dem Vorschlag heranzutreten, sich auf ein gemein-
 sames, eng umschriebenes Arbeits-
 programm zu einigen, das ausschließlich die mit der
 Kredithilfe zusammenhängenden Fragen umfassen soll.
 Ursprünglich war beabsichtigt, diese gemeinsame Besprechung
 der Vertreter aller Parteien bereits heute abzuhalten. Es
 zeigte sich jedoch, daß von sozialdemokratischer Seite gewisse
 Bedingungen gestellt werden, die mit der Frage der Wohn-
 steuer zusammenhängen und noch Vorverhandlungen
 notwendig machen.
 Die Obmännerkonferenz ist deshalb auf
 morgen nachmittag verschoben worden.

Der Eröffnungstermin für Genua endgültig.

Die Agenzia Stefani meldet: Die Gerüchte von einer
 wahrscheinlichen Verschiebung der Konferenz von
 Genua entbehren der Begründung. Das Datum
 vom 10. April ist endgültig, da es von sämtlichen
 Regierungen angenommen worden ist.

Schober bleibt.

Appell der Christlichsozialen nach vorher- gegangener Demission.

Wir haben einen berühmten Gast in Wien. Lujo
 Brentano ist einer von den ganz wenigen, die über die Mittel-
 mäßigkeit hinaustragen und durch gewaltiges Bissen, durch
 Freiheit der Lebensanschauung und durch den Glanz der
 Form die Erinnerung an die Hochblüte deutschen Gelehrten-
 tums erwecken. Lujo Brentano erzählt in einer seiner
 Schriften eine reizende Geschichte. Ein Schauspieler erklärt
 in einer Stadt, das ganze Volk möge sich im Theater ver-
 sammeln und er werde jedem einzelnen mitteilen, wonach
 seine innerste Sehnsucht und seine verborgensten Wünsche
 gehen. Am Abend strömten die Menschen zusammen und
 atemlos hingen sie am Rande des Komödianten, der ruhig
 und gleichmütig auf der Bühne stand. Endlich jagte er: Ich
 werde euch euer Geheimnis entschleiern: ihr alle wollt billig
 einkaufen und teuer verkaufen. Daraufhin erhob sich ein
 Beifallssturm und stübend begrüßte die Menge den
 Witzigen, der tatsächlich einen Grundtrieb aller Menschen
 herausgehoben hatte. Wenn man heute den Mann auf
 der Straße fragen würde, was braucht Oesterreich, er
 würde wahrscheinlich ähnlich sprechen wie der Schauspieler,
 nur würde er noch hinzufügen: Wir wollen nichts von
 Politik hören. Der Einzelne in Oesterreich ist so gemartert
 von Sorgen, so zermüdet im Kampfe des Werkeltages,
 so heruntergekommen durch die ewigen Erregungen,
 daß die Politik ihm nur Belästigung bedeutet,
 so weit sie nicht die großen Fragen der Erneuerung betrifft,
 daß er nur einen Wunsch zu hegen vermag: Endlich zurück
 zur Stabilität und zu der Möglichkeit eines anständlichen
 Daseins. Man steht sie in den Gassen, diese früh gealterten
 und zerpflügten Gesichter, Menschen, die kein Vergnügen
 haben, die nicht imstande sind, sich Luxusgüter zu
 verschaffen, die keine Reisen unternehmen und heute vielleicht
 schon daran vergehen müssen. Was ist ihr Wunsch und
 woran denken sie, woran denkt der Arbeiter, der an der
 Kurbel steht, der Bauer, der seine Furche ackert, der Ge-
 werbetreibende und der Kaufmann? An die Preise von
 morgen, an die tägliche Gefahr einer weiteren Teuerung, an
 die Möglichkeit, sich Rohstoffe zu verschaffen, und an die
 Arbeit, die keine Früchte trägt, so lange der Fluch des
 Kaltaufstiegs jede Anstrengung vernichtet.

Das Parlament wird den Wunsch der Bevölkerung
 erfüllen müssen, wenn es nicht der völligen Weltfremdheit
 verfallen will. Es wird sich im gegenwärtigen Augenblick
 ausschließlich wirtschaftlich orientieren müssen, weil die
 politischen Querelen, mögen sie aus einer noch so berechtigten
 Empfindung entspringen sein, der Vergangenheit und der
 Zukunft gehören, nicht aber der jetzigen Periode des Ueber-
 ganges, wo alles darauf ankommt, den Atem anzuhalten,
 die zerrütteten Energien allgemach zu sammeln und die
 Fundamente der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu
 festigen. Nur was diesem Ziele dient, hat heute Existenz-
 berechtigung in Oesterreich. In keinem Falle eine Politik
 der Kreditverweigerung, die gänzlich außer Verhältnis steht
 zu der Schwäche und Armeligkeit des Staates, der seine
 völlige Verarmung alle paar Monate in flehentlichen Bitten
 um auswärtige Unterstützung verhandelt. Wer ein Bettler
 ist und Almosen empfangt, ist deswegen wahrhaftig noch
 kein Sklave. Aber er kann sich nicht gestatten, launisch zu

sein und ohne unbedingte Notwendigkeit den Wohltäter zu
 reizen und zu ärgern.

Der Bundeskanzler hat heute den Schloßer zerissen
 und seine Willensfähigkeit zum Ausdruck gebracht. Er hat
 seine Demission gegeben trotz des Briefes Dr. Youngs, um
 klar zu bekunden, daß ihm das Vertrauensvotum des
 Auslandes nicht maßgebend sei, daß er kein Kaugummi
 sein wolle von der Gnade des Kontrollors und daß selbst
 die stärksten Gunstbezeugungen der Fremden ihm nicht das
 Vertrauen der parlamentarischen Parteien ersetzen können.
 Der Bundeskanzler klammert sich nicht an sein Amt und
 es hätte nur einer Handbewegung der Christlichsozialen be-
 durfte und er wäre als Privatmann in sein geliebtes Ober-
 österrreich zurückgekehrt. Auch der Kontrollor vermochte
 aus der Demission des Kabinetts die Lehre zu ziehen, daß
 sein Eingriff mindestens in der Form zu heftig war und
 daß durch allzu straffes Ansehen des Pogens die Stellung des
 Bundeskanzlers nicht gestiftet wird. Erst die Demission
 hat die unbedingt notwendige Klärung hervorgerufen.
 Erst als die immer tätigen Intriganten und Stellen-
 jäger, erst als die falschen Freunde, die ja auch im
 Kabinetts des Bundeskanzlers nicht fehlen mögen, sahen,
 daß nunmehr voller Ernst gemacht werde, daß Zwischen-
 lösungen nicht möglich waren und daß der Bundes-
 kanzler nicht der Gefallen tun werde, sich als aus-
 rangierte Lokomotive auf ein Nebengeleise schieben
 zu lassen, nur damit dieser oder jener ein Messer
 erhalte, erst in diesem Augenblick war die Einheitlichkeit
 wieder hergestellt und beschloß die Christlichsoziale Ver-
 einigung, daß keine Aenderung der Regierung zu er-
 folgen habe. Der Bundeskanzler wird somit seine schwache
 Mehrheit behalten, soweit dieses Wort für eine so geringe
 Zahl von Stimmen verwendet werden kann, und dieses
 Provisorium wird solange dauern, bis die bürgerlichen
 Parteien wiederum den Willen zeigen, sich zu verständigen
 und in die alte Gemeinsamkeit zurückzukehren.

Wir glauben, daß die Respektstiftung möglichst kurz be-
 messen werden müßte. Worauf beruht das jetzige Kabinetts
 Schober? Auf der stillschweigenden Duldung der Sozial-
 demokraten, die heute ebenfalls erklärt haben, daß sie eine
 Unterbrechung der Kontinuität und eine Krise für schädlich
 halten. Worauf beruht es ferner? Auf der Möglichkeit, daß
 wir von den Tschechen und vielleicht von amerikanischer Seite
 neue Kredite erhalten. Das Mandat des Bundeskanzlers
 besteht darin, diese Kreditverhandlungen fortzusetzen. Ist
 jedoch eine aktive Kreditpolitik denkbar, wenn ein Kabinetts
 keine tragfähige Mehrheit hat und wenn es bei jeder
 politischen Abstimmung, bei jeder Streitfrage und bei jeder
 Beratung im Ausschusse förmlich zittern muß, ob ihm
 nicht eine Niederlage bevorsteht? Das ist kein
 Leben für einen Bundeskanzler, der arbeiten und
 schaffen will, das ist ein mühsames Fristen von Tag
 zu Tag, das in Fortwärteln, aber nicht Regieren.
 Es ist wahr, die Vorlagen des Kreditverwendungsge-
 setzes sind dem Kabinetts gesichert und die Sanierung der Be-
 triebe, der Abbau der Beamten und der ganze Komplex
 dieser Gesetze werden wahrscheinlich von allen Parteien an-
 genommen werden. Trotzdem, der Bundeskanzler kann nur
 dann das Steuer führen, wenn die Planken seines Schiffes
 gestiftet sind. Der Eingriff Dr. Youngs war demütigend,
 aber er muß uns als Fingerzeig dienen, wohin wir ge-
 langen, wenn wir Politik machen, statt Wirtschaft zu treiben.
 Die Weisheit des alten Komödianten muß auch bei uns
 sich durchringen, die Politik ist für die Zukunft, für die
 Gegenwart gibt es nur eines: Wirtschaft.

Die 85. Fortsetzung des Romans: „Jules und Henri“ von Gustave Flaubert befindet sich auf Seite 14.

Feuilleton.

Erinnerung an Burckhard.

(Gestorben am 16. März 1912.)

Von Hermann Vahr.

Wir saßen eines Abends bei starkem in dem kleinen
 Speisezimmer etwas eng beisammen, als Burckhard, der
 acht Jahre lang Direktor des Burgtheaters, der letzte
 wirkliche Burgtheaterdirektor, gewesen und dann der popu-
 lärste Hofrat, den der Verwaltungsgerichtshof je gehabt
 hat, geworden war, plötzlich aufsprang und, rot vor Zorn,
 ausrief: „Das ist eine Unverschämtheit, da trifft einen
 ja vor Hize der Schlag!“ Und bevor sich seine Nachbarn
 noch von dem Schrecken erholt hatte, war er, eilends hinter
 den Sesseln hinausstolpernd, schon fort. Wir aber waren
 nur auf die Fortsetzung neugierig, denn wir meinten damit
 nur irgendeinen tollen Scherz eingeleitet, dem es an einer
 närrischen Schürzung, an einer verblüffenden Lösung nicht

fehlen würde, wie derlei Kinderreien in jenen Zeiten einer
 harmlosen Gesellschaft noch Brauch waren. Und erst, als es
 Mitternacht geworden und Burckhard noch immer nicht
 wiedergekommen und der erwartete Spaß ausgeblieben war,
 hatte jemand den Einfall, zu fragen, ob ihm nicht vielleicht
 wirklich heiß gewesen, ob es in dem engen verstaubten
 Raum nicht am Ende wirklich heiß sei, was sich aber schwer
 feststellen ließ, weil wir damals, wenn wir uns unter-
 hielten, Unterschiede zwischen warm und kalt nicht be-
 merkten.

Zu jenem Tage war Burckhard nicht mehr derselbe.
 Die Furcht vor einem Schlaganfall verließ ihn nicht mehr.
 Er hielt sich für vergiftet: entweder von einem Johnson
 mit Adrenalin oder durch das Schweinejuntergrün einer
 Tapete. Kein Arzt mußte Rat: sie mußten nicht einmal
 einen schönen Namen für seine Krankheit. Er hatte wissen-
 schaftlich sozusagen gar kein Recht, krank zu sein, und daß
 er daran starb, war medizinisch eigentlich ein Unfug von
 ihm. Es war über ihn gekommen, wie wenn ihn ein böses
 Auge verwünscht, Feindeshauch geblüht hätte. So sahen
 wir den kraftblühenden Mann, das Bild der Gesundheit, ja
 gleichsam das Leben selber in Person, plötzlich Stück um
 Stück weiß von sich abfallen, bis nur noch ein Schatten,
 ängstlich an die Häuser gedrückt, nur noch sein eigenes

Rückblick auf die Konferenz von Washington.

Von Emil Daniels.

Berlin, im März.

Die Konferenz von Washington hat in den deutsch sprechenden Ländern ein verhältnismäßig geringes Interesse erweckt. Nur die eine Episode, als der französische Ministerpräsident Briand das Wort ergriff, um die Aufrechterhaltung der französischen Rüstungen zu Lande zu verteidigen, ist stärker beachtet worden. Und doch sind die Ergebnisse der Konferenz von außerordentlich weittragender Bedeutung für uns.

Als Präsident Harding England, Frankreich, Italien, Japan, China, Belgien und Holland auf den 11. November, den dritten Jahrestag des Waffenstillstandes, der den Weltkrieg beendigte, nach Washington einlud, schlug er sehr hohe Löhne an. Er verkündete, daß: „Eroberungen durch Macht der menschlichen Gerechtigkeit widersprechen. Wir in Amerika sind gewillt, daß die Kriege aufhören sollen. Der Hauptgegenstand der Konferenz ist, daß eine Verständigung erreicht wird, welche die Ursachen der Kriege beseitigt und kostspielige Rüstungen entbehrlich macht.“ Diese utopistische Sprache war auf die amerikanische Psyche sehr richtig berechnet. Sie erregte in der öffentlichen Meinung der Union einen Sturm der Begeisterung für das Arms parley, wie die amerikanische Presse die Abrüstungskonferenz nannte; namentlich die dort zu Lande so einflussreichen Kirchen zeigten sich fieberhaft erregt. Auch daß Harding versprach, er werde dafür sorgen, daß im Gegensatz zu dem Verfahren der verschlagenen europäischen Geheimdiplomatie die Verhandlungen der Konferenz sich im Sonnenlichte der vollen Öffentlichkeit abspielen würden, machte auf seine leicht erregbaren Landsleute den günstigsten Eindruck. „Unterhaltung durch ein Megaphon“, so charakterisierten die dem Präsidenten ergebenden Zeitungen die Prozedur, welche die Konferenz befolgen würde.

Als praktischer Staatsmann sah der Präsident sehr genau voraus, daß es mit dem Hinzuwachsen der Konferenz über die Methoden der Geheimdiplomatie nicht viel auf sich haben, sondern der Schwerpunkt der Verhandlungen in den geheimen Ausschüssen liegen würde, aber dieser Widerspruch bekümmerte ihn wenig, denn er wußte aus Erfahrung, wie vergeblich und oberflächlich die Völker sind. Was die pazifistischen Millenniumshoffnungen anbelangt, die er durch seine Verlautbarungen erregt hat, so dachte er sich gleich zu Anfang den Rücken, indem er das amerikanische Volk warnte, zuviel von der bevorstehenden Konferenz, der noch andere würden folgen müssen, zu erwarten.

In seinen Einladungschriften, die er im Juli an die Mächte verschickte, bezeichnete Harding als die Aufgaben der Konferenz: 1. Die Beschränkung der Rüstungen; 2. die pazifischen und fernöstlichen Probleme. Es kann kein Zweifel daran sein, daß das Gros des amerikanischen Publikums an dem ersten Punkt viel mehr Interesse nahm als an dem zweiten. Ein enthusiastischer Idealismus ist die Stimmung, in welcher die breite Masse der Amerikaner an die auswärtige Politik heranzutreten pflegt. Aber diese Kreise allein sind es nicht, welche die Handlungen der amerikanischen Diplomatie bestimmen. Vielmehr wird diese viel stärker inspiriert von jener intelligenten Plutokratie, welche, hinter demokratischen Formen und Formeln verschleiert, das Land ihren Anschauungen gemäß zu lenken versteht. Die großkapitalistischen Politiker denken ziemlich skeptisch über den Pazifismus, den sie hauptsächlich nur deshalb in ihr Programm aufgenommen haben, um die Neigung ihrer Landsleute für das Sentimentale in der Politik ihren Zwecken dienstbar zu machen. Um so höheres Gewicht legen sie darauf, die Machtstellung Amerikas in Ostasien nicht durch Japan angetastet zu sehen. Der Optimismus, mit welchem amerikanische Wirtschaftspolitiker die Zukunft des von östlichen Kapital befruchteten China und Sibiriens ansehen, ist nur bei einer

Nation begreiflich, die so großzügig zu denken gewohnt und der Unbegrenztheit ihrer eigenen Möglichkeiten so gewiß ist. Der von Amerikanern geleitete wirtschaftliche Aufschwung Chinas werde in den nächsten 500 Jahren den Gang der Weltgeschichte bestimmen, heißt es in der Presse der Vereinigten Staaten: „Die amerikanische Industrie in China wird uns die Märkte der Welt zu Füßen legen.“

Selbst in offiziellen amerikanischen Kreisen teilt man diese extravagantesten Hoffnungen und sieht deshalb in der offenen Lücke in China etwas beinahe ebenso Unantastbares wie die Monroe doktrin. Aber auch die nüchternen Denkenden weisen darauf hin, daß schon unter dem erprotektionistischen Zarismus Sibiriens ein wichtiges Absatzgebiet für amerikanische landwirtschaftliche Maschinen gewesen sei, daß sich in Nordschalin, das die Japaner in der Stille eingestreckt hätten, gewaltige Vorkommen von guter Kohle und Petroleum befänden, daß die gleichen, heute so begehrten Natur-schätze auch in der Mandchurei und in Transbaikalien aufs reichlichste vorhanden wären, daß der bekannte Kohlenvorrat Chinas für die ganze Welt auf tausend Jahre genüge. Auch die immensen Forste der Mandchurei würden speziell für Amerikaner ein ganz ausgezeichnetes Ausbeutungsojekt abgeben.

Uebereinstimmung herrscht zwischen den Optimisten und den Nüchternen darüber, daß das Gewimmel fleißiger Menschen in China, richtig erzogen und geführt, das Biedestal einer schlechthin phänomenalen amerikanischen Wirtschaftsgroße abgeben kann. Das in Europa entschieden zu wenig beachtete Buch des Expräsidenten Taft über „The League of Nations“ enthüllt den ganzen Ehrgeiz, den ein amerikanischer Idealist, der zugleich ein verständiger Rechner ist, in dieser Beziehung zu entfalten vermag. Andere Amerikaner weisen darauf hin, in wie erstaunlichem Maße der amerikanische Export nach Ostasien ständig gewachsen ist. Im Jahre 1880 betrug er 1-39 Prozent des amerikanischen Gesamtexportes, 1920 schon 9-38 Prozent. Heute kaufen nur die 8,700,000 Chinesen in den 46 Vertragshäfen direkt von einer Bevölkerung, die auf 445,873,000 Seelen geschätzt wird. Kurz, die ganze Plutokratie der Union ist darin einig, daß die ökonomische Zukunft ihres Landes auf dem Wasser des Stillen Ozeans liegt. Bei allem Bogen auf die unbegrenzten Möglichkeiten sind sich die Amerikaner dessen bewußt, daß die Säulen der unvergleichlichen Stellung, welche die Vereinigten Staaten heute in der Weltwirtschaft einnehmen, einmal ins Wanken geraten könnten. Sie können ja schon heute ihre Herrschaft auf dem internationalen Petroleummarkt nur deshalb behaupten, weil sie jenseits ihrer Grenzen die mexikanischen Erdölquellen ihren Interessen dienstbar zu machen verstanden haben. So knüpfen sich tausend Hoffnungen des amerikanischen Großkapitals an die noch unererschöpften natürlichen Ressourcen des unermeßlichen Landesbesitzes der gelben Rasse.

Aber diese besitzt einen gefährlichen Vorkämpfer in den Japanern. Zwar sind diese von den Chinesen durch unüberwindliche gegenseitige Abneigung getrennt, aber wenn auch der Japaner für absehbare Zeit außerstande sein wird, in China moralische Eroberungen zu machen, so hat er doch durch List und Gewalt während des Weltkrieges schon viel erreicht. Damals, wo die Augen des Kabinetts von Washington auf Europa gerichtet waren, nisteten sich die Japaner im Norden Chinas, der spezifischen Interessensphäre der Vereinigten Staaten, überall ein, während sie sich der Interessensphäre des verbündeten England im Süden fernhielten. Vor dem Krieg lebten in Schantung, der Interessensphäre Deutschlands, 500 Exterritoriale dieser Nationalität, heute beanspruchen dort nicht weniger als 25,000 Japaner Exterritorialrechte. Natürlich haben sich die japanischen Eroberer von Kiautschau in dem benachbarten Schantung in besonders großer Zahl niedergelassen, immerhin aber werden die Japaner, die gegenwärtig in China exterritorial leben, auf 300,000 Köpfe geschätzt. Sie verlangen so außerordentlich weitgehende Privilegien, daß sie

in dem schwachen, von Faktionen zerrissenen Himmlischen Reich ein Pfahl im Fleische sind. Japan verfolgt in China nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele. Die Fäden der japanischen Diplomatie ziehen sich durch die ganze nördliche Hälfte des riesenhaft ausgebreiteten Landes hin, bis zu den kriegereischen Mohammedanern Zentralasiens. Der Argwohn der amerikanischen Rivalen wittert dabei die Absicht, in der unverbrauchten Volkskraft jener rohen, aber kriegereischen Stämme Material für die Errichtung einer japanischen Welt Herrschaft zu gewinnen.

Die Einladung des Präsidenten Harding zur Konferenz ist in erster Linie als ein Vorstoß gegen die erpansiven Tendenzen Japans aufzufassen. Diese beschränken sich nicht auf China, sondern ziehen seit der russischen Revolution auch Russisch-Ostasien in ihren Kreis. Von Sachalin ist schon gesprochen worden. Döstlich vom Baikalsee stützen sich die Japaner auf die antibolschewistische gesamt russische Bewegung der Bevölkerung. Japan bemüht sich, in Ostsibirien einen auf die Kojakenhetmans basierten Vasallenstaat zu begründen. Amerika als der Gegenspieler Japans, tritt in Transbaikalien gleichfalls antibolschewistisch auf, aber seine Freunde, die Kadetten und die Pinkis (Sozialdemokraten), sind sehr schwache Parteien. Zudem haben die amerikanischen Truppen, die nach dem ostibirischen Festland entsendet worden waren, das Land wieder geräumt, während die Japaner zwar gleichfalls die 100,000 Mann, mit denen sie in Ostsibirien aufgetreten waren, zum größten Teil zurückgezogen haben, weil Amerika sie dazu drängte, aber immerhin Wladivostok besetzt halten. Von hier aus lassen sie den Jen rollen und ihre silbernen Kugeln sind gut gezielt.

Man hat in Tokio den Fall des Zarismus, mit dem man 1904 einen so blutigen Strauß ausgefochten hatte, keineswegs mit Freude begrüßt. Denn es hatte sich seit dem Frieden von Portsmouth eine Annäherung zwischen den beiden Mächten vollzogen, die schließlich so weit ging, daß im Juli 1916 ein förmliches Bündnis zustande kam. Dasselbe richtete seine Spitze gegen Amerika, obgleich es in dem Allianzvertrage, den die Bolschewisten aus dem russischen Geheimarchiv veröffentlicht haben, nicht ausdrücklich genannt wird. Aber der Sinn des Dokuments ist ganz klar. Japan und Rußland übernehmen gemeinsam das Protektorat über Nordchina und versprechen sich Waffenhilfe für den Fall, daß die Union es unternehmen sollte, sich jenem Arrangement gewaltjam zu widersetzen. Da die russische Monarchie bis an das Ende ihres Daseins durch den Kampf in Europa in Anspruch genommen war, so erwies sich das russisch-japanische Bündnis als ein Pactum loquutum zugunsten Japans, das die Hände frei hatte. Es schien, als ob der japanischen Politik alle Dinge zum Besten dienen müßten. Sowohl der Zarismus als auch dessen Ersetzung durch die bolschewistische Diktatur und Anarchie förderten die Machtstellung Japans in Ostasien. Der Triumphzug der japanischen Durchdringung Chinas wurde auch nicht dadurch aufgehalten, daß im Herbst 1916 Bicente Jahii, der in besonderer Mission nach Washington entsendet worden war, dort ein Abkommen über Schantung schloß. Denn die Formeln dieses Vertragsinstrumentes waren so zweideutig redigiert, daß Japan dadurch in keiner Weise gebunden wurde und seine Beute aus dem Kriege gegen Deutschland nicht fahren zu lassen brauchte. In Schantung wie überhaupt in China und soweit wie möglich auch in Sibiriens schob das Kabinett von Tokio das wirtschaftliche Interesse Japans vor, während es sich in Wahrheit hochpolitische Zwecke setzte. Die größeren und kleineren Erfolge der japanischen „Wirtschaftspolitik“ summieren sich während des Weltkrieges so, daß die Japaner sich nach dem Frieden von Versailles ganz offen rühmten, sie hätten China wirtschaftlich bereits annektiert.

Die japanische Politik zeigte sich ebenso zäh wie sie beweglich war. Nachdem Amerika in Europa fertig war und nun in Ostindien rückgängig zu machen suchte, was der

Gespensst beschämt durch die Gassen schlich, grauenhaft gar, wenn er sich, bei Begegnungen mit alten Freunden aus der Zeit seiner Wirklichkeit, gewaltjam jenes anderen Burckhard, der er einst gewesen, erinnerte und diesen ihnen nun, als ob er noch vorhanden wäre, vorspielen zu müssen glaubte. Der hatte die Gewohnheit, zuweilen mit wippendem Oberleib plötzlich Da! zu rufen, ein unvergeßliches Da!, wie Trommelschlag von Siegeskraft und Lebensdrang: furchtbar aber klug es, wenn nun das Gespensst von ihm es mechanisch mit fahlen Lippen zu wiederholen suchte; da schien der Tod zu gähnen.

Er starb vielleicht daran, daß er nicht altern lernen konnte. Man kann sich einen alten Burckhard so wenig vorstellen als einen alten Alexander oder einen alten Achill. So hohe Gestalten werden nicht eitel genannt neben ihm, denn in einem gleich er ihnen: an Ergeß, an Hybris der Rasse. Auch er war ein unauslöschlicher Lebensbrand. Auch in ihm schwall eine rasende Sucht der Selbststeigerung über die Grenze: bis zur Selbstvernichtung. Auch ihm hat zur letzten Größe nur eine Tugend gefehlt, die Tugend der Kleinen: das Maß. Und wenn man sich nicht verbehlen darf, daß er meistens eigentlich doch eher nur eine Karikatur von sich war, so müßte man erst wissen, was aus Achill und Alexander unter der Regierung Franz Josefs geworden wäre.

Vertrauensmenschen haben ihre Schärfe meistens mit einem Verlust an Natur zu büßen, in starken Naturen hinwieder tritt der Verstand zurück. Ich habe keinen anderen Mann von Burckhards grandiosem Verstand, einem fast unheimlichen, einem rasenden Verstand, und ich habe keinen von einer unwüchigeren Natur kennen gelernt. In der ungestörten Eintracht eines Maximums an Verstand mit einem Maximum an Natur lag der unbeschreibliche Reiz seiner geistigen Erscheinung. Die Welt, die sein schneidender, bohrender, alles vernichtender Verstand eben glatt wegfräst hatte, drückte gleich darauf der Bauernhub in ihm lachend ans Herz, und bevor man sich noch vom Staunen über die Halb- und Wiesenfemalitäten des in dem angeblichen Jöniker verdeckten Kindes erholen konnte, schrak man im nächsten Augenblick wieder vor der unversehbaren aus ihr höhnisch-gelächert aufstehenden Menschenverachtung zurück.

Dabei war er keineswegs etwa die von zwei Seelen bewohnte Brust, es stand nicht etwa so mit ihm, daß um ihn ein lebensfeliges Weltkind mit einem verruchten Nihilisten gerungen hätte, sondern wie der Mensch einen linken und einen rechten Fuß hat und nun aber über diesen lästigen Gegensatz nicht, wie man eigentlich erwarten müßte, stolpert, sondern ihn vielmehr zum Gehen benützt, so setzte sich Burckhard gerade durch jenen tiefen inneren Widerspruch recht eigentlich erst in Bewegung und ins Gleichgewicht, links zerebral schreitend, rechts instinktiv, und so sicher abwechselnd, daß es zuweilen fast ein Schweben, dann oft freilich wieder eher ein Schuttplatteln schien. Einbeinig zu leben gewohnte Menschen mußten darum mit ihm gar nichts anzufangen: den einen war er einfach „zu geschickt“ und den andern war er wieder dadurch verächtlich, daß er doch offenbar außerdem auch noch was anderes war als bloß geschickt.

Dazu kam nun noch etwas sehr Merkwürdiges: er war unglaublich reich begabt, hatte jedoch gar kein ausgesprochenes Talent. Er war darin das Gegenteil des modernen Menschen, der meistens gar nichts ist, aber immerhin irgend etwas sehr gut kann. Als seine Mutter in der Zeitung das Konzert eines Pianisten Burckhard angekündigt lag, sagte sie seufzend: „Nein, der Max, jetzt muß er auch noch Klavierspielen, was er doch gar nicht kann!“ Er hat mir das selber lachend erzählt. Ich sagte: „Sie wären es in der Lage!“ Er antwortete: „Warum nicht?“ und schien fast schon Lust zu kriegen. Er hat sich, als er eines Tages Interesse für bildende Kunst gewann, Leinwand, Farben und Pinsel gekauft und dann richtig gemalt: eine starke Leistung; es war nur kein Bild. So haben seine Romane mehr menschlichen Gehalt als das Gesamtwerk mancher zeitgenössischen Balzac, und das leichteste seiner hingeschmissenen Stücke wiegt an Kern allerhand Berühmtheiten auf, aber seine Romane sind eigentlich keine Romane und eigentlich ist keines von seinen Stücken ein Stück. Und dieses „eigentlich“ gab er nicht zu, gerade dieses „eigentlich“ schien ihm bloß ein „Hintertitel“, um heimlich das „konventionelle“ wieder einzulassen. Daß es, um eine Sache zu können, bloß darauf ankomme, sie zu verstehen, ließ er sich nicht nehmen. Er stammte von Alenannern ab und war in Kremsmünster erzogen, wo der überlieferte benediktinische Geist damals mit einem klaren Sinn joesefinischer Denkart versetzt war.

Mischung alemannisch trozig grübelnden Sinnes mit dem joesefinischen Wunderglauben an den allein seligmachenden Verstand mag Burckhards Dnmacht, das Geheimnis in allen Kleinigkeiten, das Anonyme, das Imaginäre zu fühlen, ergeben haben. Gerade das, was er selber in Person so stark hatte, begriff er nicht. Als er auf dem Land erkrankte und ich ihn nach seinem Arzte fragte, gab er zur Antwort: „Nein, ich werd lieber den Briefträger holen lassen, denn der Arzt ist ein Esel, der Briefträger ist ganz geschick, folglich wird mich der Briefträger eher kurieren als der Arzt!“ In diesem „folglich“ staß seine ganze Weltanschauung, dieses „folglich“ war achtzehntes Jahrhundert, folgerichtig bis ans Ende gedacht.

In mehreren Stadwerken aufgebaute Menschen mit höflich nebeneinanderwohnenden Gefässen sind unter uns ja nicht selten, aber es war doch auffällig, wie ruhig in Burckhard ungestört unter dem ausschweifenden Verstandesmenschen im Erdgeschos ein ganz einfacher Mann aus dem Volke saß, der Apotheker in Sievering ober allenfalls Bezirksrichter in Krems hätte werden können, mit ein für allemal ausgemachten Grundfäden, einer gesicherten Einteilung des Lebens und der zuverlässigsten sittlichen Uhr. Wenn der oben im ersten Stock keinen überkommenen Begriff unangestastet ließ, ins Erdgeschos drang kein Geräusch von dieser Festdrang. Handelnd blieb der „joesefinische“ Burckhard ein moralischer Rigorist, der sich von Gut und Böse nichts abhandeln ließ; ich könnte Züge von ihm erzählen, jedem Bischof Christoph v. Schmidts zur Hiebe. Gerade darin aber, in dieser ergrimmten Leidenschaft für das, was recht ist, was gut ist, was sittlich geboten ist, wurzelte der maßlose Staatshaß, der ihn mit der Zeit zum unverhohlenen Anarchisten werden ließ. Er hielt jeden Menschen für radikal böse, er war überzeugt, daß sich kein Mensch jemals eine Gelegenheit, Böses zu tun, entgehen lassen wird, und es war ihm aber unerträglich, irgend einen Menschen Böses erleiden zu sehen, es war ihm eine fast physische Qual, Böses geschehen zu lassen: aus diesen Grundfäden ergab sich ihm die Forderung, es müsse dem Menschen jede Gelegenheit zum Bösen genommen, es dürfe keinem Menschen Nacht über einen anderen Menschen gegeben werden. Wir besprachen jahrelang ernsthaft den Plan, uns, einander gegenüber, jeder eine Insel in der Adria zu kaufen, um uns dort anzusiedeln, jeder aber

Japanische Nebenbuhler inzwischen gewonnen hatte, wollte dieser nicht die geringste seiner Errungenschaften aufgeben. Die Amerikaner kamen auch nicht recht vorwärts gegen die Japaner, bis es Harding gelang, den psychologischen Moment für die Zusammenberufung der Washingtoner Konferenz zu ergreifen. Im Juli vergangenen Jahres stand auf der Londoner Reichskonferenz die Frage zur Diskussion, ob die englisch-japanische Allianz von 1902, die 1911 auf zehn Jahre verlängert worden war, abnormals auf ein Dezennium geschlossen werden sollte. Es scheint, als ob Downing Street dazu bereit war. Aber die von Antipathie gegen den gelben Mann erfüllten Dominionen verhinderten, daß das Foreign Office seinen Willen durchsetzte, und es kam wohl kein Zweifel daran sein, daß amerikanischer Einfluß dazu mitwirkte, der britischen Politik jenen Streich zu spielen. Denn nicht nur auf Irland, sondern noch mehr auf die überseeischen Kolonien Großbritanniens wirken die Vereinigten Staaten mächtig ein. Das Kabinett von St. James half sich in seiner Verlegenheit vorläufig damit, daß es mit Japan übereinkam, das Bündnis solle als von Jahr zu Jahr verlängert gelten, sofern nicht einer der beiden Partner den Vertrag kündige.

Dadurch war die internationale Position Japans erheblich unsicherer geworden. Aber dem Kabinett von Washington genügte dieser Erfolg nicht. Das Band zwischen Japan und England sollte vollkommen zerschneiden werden. Das ist den Amerikanern auf der Konferenz in Washington und bei den Unterhandlungen in London, welche dem Zusammentritt der Konferenz vorangingen und ihn vorbereiteten, vollkommen gelungen. Man erahnt, wenn man die großen englischen Revuen aus den letzten Monaten des vorigen Jahres noch einmal durchfliegt, wie kühl und unfreundlich plötzlich der Ton gegen eine Regierung geworden ist, mit der England zwanzig Jahre lang verbündet gewesen war, ohne daß es je Ursache gehabt hätte, an ihrer Loyalität zu zweifeln. Natürlich mußten die Amerikaner als Kompensation für den aufgegebenen Märkten den Briten ein intimeres Verhältnis zur Union anbieten. Jetzt erst verwirklichte sich ganz, was schon seit dem Frieden von Versailles in der Bildung begriffen gewesen war und was ein ausgezeichnete deutscher Historiker die angelsächsische Dyarchie genannt hat. Formell ist es kein Bündnis, virtuell aber ganz gewiß. Es gelang den Engländern rasch, sich innerlich vollkommen umzustellen. Sie gingen an, auf den neuen Bundesgenossen, der ihnen anfangs nicht recht behagt und der sich ihnen aufgedrängt hatte, die außerordentlichsten Hoffnungen zu gründen. Es werde sich, so sagten sie, in der Welt eine Pax Britannica et Americana anbahnen. Wer wolle wagen, sich diesen beiden Mächten zu widersetzen? Ohne den Abfall der amerikanischen Kolonien 1776 wäre 1914 der Weltfrieden nicht gebrochen worden. England und Amerika besäßen ein Drittel der Erdoberfläche mit 600 Millionen Bewohnern gegen eine Milliarde auf der ganzen übrigen Erde. Dieses materielle Uebergewicht der Angelsachsen müßte, wenn die beiden einig blieben, dazu führen, daß jedes Land der Erde ohne alle Kultur englisch werde in Sprache, politischen Gewohnheiten und Traditionen. Deutschland und Frankreich würden dann sein wie heute Holland und die Schweiz. Die Angelsachsen würden so rasch an Zahl, daß sie nur ein paar Jahrzehnte den Weltfrieden zu erhalten brauchten, um der Universalherrschaft sicher zu sein. Daß dieser Universalherrschaft jemals dadurch der Boden unter den Füßen weggezogen werden könne, daß die kaninchenhafte Fruchtbarkeit der farbigen Rassen die weißen überdönneme, sei nicht zu befürchten, denn die Angelsachsen vermehren sich rascher als die Farbigen.

Ganz wohl war den englischen Politikern, die solche Zukunftsbilder entwarfen, dabei freilich nicht. Es macht den Eindruck, daß es ihnen lieber gewesen wäre, wenn die britische Politik durch Festhalten an dem Bündnis mit Japan hätte versuchen können, eine etwas andere Entwicklung der Welt herbeizuführen, denn jene publizistischen Stimmen glauben als Folge der angelsächsischen Dyarchie auch prophezeien zu müssen, daß England zu einem Appen-

der sollte sich eine Kamone mitbringen, auch zur Sicherung eines jeden vor dem anderen, weil man doch nie wissen kann, auch unter besten Freunden nicht. Und echter Durchhard war nun, daß ihn gerade dieser Anarchist zum Hofrat am Verwaltungsgerichtshof gemacht hat. Als es nämlich beschlossen war, ihn als Burgtheaterdirektor fallen zu lassen, ist er natürlich zunächst, wie das in dem jede Gemeinheit zu verzuckern gewohnten alten Oesterreich üblich war, gefragt worden, wohin er zu fallen wünsche. Und man fand es „oben“ doch eigentlich wieder „schön“ von ihm, daß er sich den Verwaltungsgerichtshof ansuchte. So schön, wie man meinte, war es von ihm gar nicht gemeint. Er hatte nur einen eigentümlichen Begriff von dieser Behörde: sie schien ihm jenseits vom Staat zur Aufsicht über den Staat bestellt, als eine Polizei zum Schutze vor den Ausschreitungen des Staates, ein Amt zur Sicherung vor allen Aemtern. Er hat es in einem Aufsatz über Baron Lehmayr, geradezu die „Idee“ des Verwaltungsgerichtshofes genannt, das Individuum gegen die „jede Individualität bedrohende, niedertretende, verschlingende Bestie Staat“ zu schützen. Die Kollegen ganden, die „Idee“ des Verwaltungsgerichtshofes sei damit doch vielleicht etwas kühl zugespitzt. Wer aber hat Phantasie genug, sich auszudenken, was in Preußen, zu jener Zeit! geschehen wäre, wenn einer der höchsten Justizbeamten des Reiches öffentlich in einer Tageszeitung von der „jede Individualität bedrohenden, niedertretenden, verschlingenden Bestie Staat“ gesprochen hätte?

Unser altes Oesterreich, in dem ein so ruchlos freigeistiger Mann von solchem Eigensinn, solcher Unbeugsamkeit, solchen herausfordernden Trotz gegen alles Herkommen aufkommen, sich ungehindert entfalten, zu hohen Aemtern gelangen, sich selbstständig durchsetzen, aber — damit die Wunde schließlich nicht das mindeste bewirken, verändern, ansprechen konnte, das muß schon ein eigenes Land gewesen sein: wer sich wieder einmal näher ansehen will, findet manches von seiner tragischen Lustigkeit in meiner kleinen Schrift über Durchhard, die 1913 bei S. Fischer in Berlin erschienen ist.

seines überseeischen Reiches herabzinken werde. Aber diese Evolutionen lagen in weiter Ferne: zunächst setzte England durch seine Verbrüderung mit Amerika den unruhigen Ehrgeiz der Franzosen matt. Der Groll des schände im Stich gelassenen japanischen Alliierten war wenig zu fürchten, denn ein japanisch-französisches Bündnis würde sich geographisch in gar zu ungünstiger Lage befinden haben. Die Engländer gingen also nach Washington, und zwar mit entschieden antijapanischer Direktive.

Die Japaner würden am liebsten die Einladung abgelehnt haben. Sie sahen voraus, daß sie am Potomac völlig isoliert sein würden. Frankreich legte auf das Wohlwollen Amerikas, dem es ja stark verschuldet war, solchen Wert, daß Ministerpräsident Briand, nicht ohne die Hoffnung, für die Kassierung jener Schulden wirken zu können, sich persönlich als Delegierter seines Staates nach Washington begab. Wenn sich aber die Japaner geweigert hätten, nach Washington zu gehen, so wäre das der Krieg gewesen. Sie kamen also, Haß im Herzen tragend, aber, wie bei ihnen immer üblich, mit freundlichem Gesicht. So die japanischen Diplomaten, die nationale Leidenschaft aber entlud sich in der gleichzeitig mit dem Beginn der Konferenz in Tokio erfolgten Ermordung des Ministerpräsidenten Hara.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Die Gründe des Verbleibens des Kabinetts Schober.

Von informierter Seite.

Wien, 15. März.

Die Regierung wollte durch ihre Demission Klarheit über ihre Lage schaffen. Sie wollte einerseits zum Ausdruck bringen, daß ihr nichts ferner liegt, als sich an das Amt zu klammern, und weiter, daß, wenn von einer Intervention der Entente die Rede ist, diese Intervention keineswegs in Zusammenhang mit der Stellung der Regierung zu bringen ist. Wenn die Entente ein gewisses Interesse nimmt, so ist dies auf die jenerzeitigen Abmachungen mit dem Böhmerbund zurückzuführen.

In maßgebenden christlichsozialen Kreisen, welche die Ansicht der gesamten Partei vertreten, ist die Meinung zum Ausdruck gebracht worden, daß die bestehenden Möglichkeiten für die Gewährung der gegenwärtigen und künftigen Kredite ausgenutzt werden sollen, und es wurde an die Regierung der Appell gerichtet, zu bleiben. Die Regierung hat, wie bisher, in diesem Augenblicke einer höheren Pflicht gehorcht, um die weiteren Kreditverhandlungen nicht zu erschweren, und wird solange bleiben, als ihr dies ermöglicht wird. Im Zusammenhang damit ist die Hoffnung ausgedrückt, daß es morgen gelingen wird, einen eigenen Finanzplan über die Verwendung der Kredite fertigzustellen und dadurch die gesamte Kreditaktion auf parlamentarischen Wege durchzuführen. Im Laufe des morgigen Tages findet eine Obmannerkonferenz statt. Dann wird an die parlamentarischen Arbeiten geschritten werden.

Nicht nur von christlichsozialer Seite, auch seitens der Sozialdemokraten wird die Ansicht vertreten, die Kontinuität solle gegenwärtig nicht gestört werden. Die Frage der Wohnbausteuer ist eine Sache der Parteien und damit hat die Regierung sich nicht zu befassen. Was die Kreditgewährung betrifft, so dürfte dieselbe sofort in Aktion treten, so wie der Nationalrat das Gesetz über die Kreditverwendung beschlossen hat. Zukünftige Kredite sind, wie bereits mehrfach berichtet worden ist, von der Tschecho-Slowakei denkbar, ebenso von Amerika, wo bekanntlich Sir William Goode sich aufhält.

Vereinbarungen über die Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Wien, 15. März.

Nach mehrmonatlichen Verhandlungen ist endlich eine Vereinbarung über die Grundzüge der Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank zustande gekommen. Die Verhandlungen wurden zwischen den Liquidatoren und den Vertretern der Nationalstaaten geführt. Die Delegierten der Oesterreichisch-ungarischen Bank nahmen an ihnen teil und vertraten das Interesse des Gesamtinstitutes sowie der Aktionäre, während die Liquidatoren und Vertreter der Nationalstaaten über die Aufteilung des Vermögens der Bank, die Uebernahme der Lizenzen und vorhandenen Aktiven, Vereinbarungen trafen. So wurde eine volle Einigung über die Grundzüge der Liquidation zustande gebracht, welche zwar noch der Genehmigung der Reparationskommission und der Zustimmung der Parlamente bedarf, im Wesen aber kaum mehr eine Veränderung erfahren wird.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank, die seit dem Jahre 1816, also 106 Jahre, als Noteninstitut des früheren Gesamtstaates bestand, tritt somit in Liquidation und hat im Wesen zu bestehen aufgehört. Eine sehr wechselvolle, ruhmvolle Vergangenheit findet damit ihren Abschluß. An Stelle der gemeinsamen Notenbank sind bereits bald nach der Zertrümmerung des Gesamtstaates in der Einzelstaaten verschiedene Anstalten getreten, welche daselbst die Funktion einer Ordnung des Geldwesens übernahmen. In Oesterreich ist die bestehende Organisation, welche ehemals als Zentralorgan für den Gesamtstaat von 50 Millionen Einwohnern galt, erhalten geblieben und führt als private Notenbank die Geschäfte des Geldwesens in den bisherigen Formen, allerdings beschränkt auf den kleinen Staat von sechs Millionen Einwohnern, fort. In der Tschecho-Slowakei, in Ungarn und Polen sind staatliche Bankenanstalten errichtet worden, welche die daselbst befindlichen Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank übernehmen und auch die in diesen Ländern zirkulierenden, ehemals gemeinsamen Noten als Geld abgesetzt im Umlauf belassen, um es im weiteren Verlaufe gegen eigenes nationales Geld umzutauschen. Nach dem Friedensvertrage hat die Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank sofort nach Unterzeichnung des Vertrages zu beginnen. Tatsächlich hat es dreieinhalb Jahre gedauert, bis die Vereinbarung über die Grundzüge der Liquidation durchgeführt werden konnte.

Den hauptsächlichsten Punkt der getroffenen Abmachungen bildet die Aufteilung der Aktiven und Passiven der ehemaligen gemeinsamen Notenbank, welche in den Ausweisen als Liquidationsmasse geführt werden. Als leitender Grundsatz wird aufgestellt, daß das aus der Liquidation verbleibende Reinvermögen nach Bestimmung der Schulden unter die Nationalstaaten nach dem vereinbarten Schlüssel aufgeteilt wird und daß alle Schuldverpflichtungen des Oesterreichischen, beziehungsweise des ungarischen Staates des jenen die Bank und die Nachfolgestaaten als getilgt anzusehen sind. Die Aktionäre haben also auf das Liquidationsergebnis keinen Anspruch und bleiben ausschließlich auf die für sie reservierten Bestandteile des Bankvermögens, im Wesen auf die Bankgebäude, angewiesen. Unter den zu verteilenden Aktiven ist der Goldschatz in erster Linie anzuführen, welcher, soweit sich infolge des Fehlens der Ausweise aus den letzten anderthalb Jahren entnehmen läßt, ungefähr auf Grund der alten Parität berechnet, 200 Millionen Goldkrone betragen dürfte. Oesterreich und Ungarn hatten die prinzipielle Forderung gestellt, daß der Goldschatz ganz ihnen zufallen solle. Mit dieser Forderung sind aber die beiden Staaten nicht durchgedrungen und die Regierungen haben sie fallen gelassen. Der Goldschatz sowie die gesamten Aktiven werden nach einem vereinbarten Schlüssel zwischen allen Staaten, welche das Vermögen und die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank übernommen, aufgeteilt. Dieser Schlüssel ist vorläufig nicht bekanntgegeben worden. Würde es sich um die Bevölkerungsziffer als Grundlage der Berechnung handeln — ein Verhältnis, welches namentlich für Oesterreich sehr ungünstig wäre, weil Oesterreich und Wien bekanntlich den Löwenanteil am Bankgeschäft besaßen und auch das größte Kontingent der Goldeinfuhrung beigelegt hatten — so würde auf Oesterreich etwa der achte Teil des vorhandenen Goldes entfallen. Das wären etwa 30 Millionen Goldkrone, was etwa 45 Milliarden Papierkronen nach den jetzigen Kursen entsprechen würde. Es wird aber mitgeteilt, daß Oesterreich und auch Ungarn ein Opfer gebracht und von dem schlüsselmäßig auf sie entfallenden Golde je 2 1/2 Millionen Goldkrone abgegeben haben, welche unter die übrigen Nachfolgestaaten aufgeteilt werden. Die Quote Oesterreichs am Goldschatz würde sich also danach noch weiter verringern. Nach dem gleichen Schlüssel erfolgt die Aufteilung der übrigen Aktiven der Oesterreichisch-ungarischen Bank, soweit sie nicht durch spezielle Vereinbarungen dem einen oder anderen Staat zugesprochen sind, unter die Nachfolgestaaten.

Eine spezielle Vereinbarung war nach dem Friedensvertrage bezüglich der ausgegebenen Noten zu treffen. Hier war nach dem Friedensvertrage der 27. Oktober 1918 der Stichtag, indem die von der Bank bis zu diesem Tage, dem Zerfall des Gesamtstaates, ausgegebenen Noten ein Recht auf die gesamten Aktiven der Oesterreichisch-ungarischen Bank besaßen sollten, während die später ausgegebenen Noten die Einzelstaaten belasteten. Die Festhaltung eines solchen Termins erwies sich aber als vollkommen unmöglich und so wurde er im Zuge der Liquidationsverhandlungen fallen gelassen. Es wurde vielmehr bezüglich der Aufteilung der Noten der erwähnte Schlüssel als maßgebend erachtet und hierdurch die Möglichkeit einer Verteilung der Aktiven und Passiven geschaffen, welche nach dem gleichen Schlüssel erfolgen soll. Die Frage der Noten ist dadurch vereinfacht worden, daß die in den Nationalstaaten im Umlauf gewesenen Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank nationale Geldmittel geworden sind und aus der Liquidation der Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank ausscheiden. Das Vermögen der Oesterreichisch-ungarischen Bank haftet in erster Linie für die Ansprüche der im Auslande befindlichen Noten. Diese Noten werden also von Oesterreich, beziehungsweise von Ungarn, nach dem vereinbarten Verhältnisse übernommen und dem Noten dieser Länder gleichgestellt werden. Für das gebrachte Opfer am Goldschatz wird Oesterreich und Ungarn von allen Verpflichtungen gegenüber der Liquidationsmasse und gegenüber den Nationalstaaten losgezählet, so daß diese beiden Länder aus der Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank, mit Ausnahme der Haftung für die im Auslande befindlichen Noten, nicht weiter berührt werden. Hier sind in erster Linie die Schuldverpflichtungen an die Oesterreichisch-ungarische Bank gemeint, welche vor dem Zerfall für Oesterreich 22, für Ungarn 10.9 Milliarden betragen und vollkommen gestrichen werden. Die Bank hat im Auslande Guthaben, welche von den dortigen Regierungen sequestriert und in die Reparation, beziehungsweise in das bestehende Clearing einbezogen worden sind. Für diese ausländischen Guthaben bleibt die Oesterreichisch-ungarische Bank nach den Friedensverträgen auf die beiden Staaten Oesterreich und Ungarn angewiesen, welche sie zu entschädigen haben. Die Entschädigung soll in gleicher Weise erfolgen, wie dies für private Forderungsberechtigte und Eigentümer sequestrierter Güter in die Wege geleitet wird, nämlich nach den von der Legislative in Wien und Budapest festgestellten Vorkriegsschuldengesetzen. Selbstverständlich findet vorher die Kompensation mit eigenen Valutaschulden oder valorisierten Kronenschulden der Oesterreichisch-ungarischen Bank statt, so daß die Entschädigung nur bezüglich des Saldos eintritt. Diese Entschädigungssummen fallen in die Liquidationsmasse und werden nach ihrem Ergebnisse unter den Nationalstaaten aufgeteilt.

Die Aktionäre der Oesterreichisch-ungarischen Bank sind durch die getroffenen Vereinbarungen über die Liquidation auf maßige Quoten gesetzt worden. Es wird von vornherein festgestellt, daß ihnen ein Anspruch am Goldschatz nicht zuzufallen. Sie bleiben vielmehr auf die übrigen sonstigen Aktiven angewiesen. Diese Aktiven sind im wesentlichen nur die Bankgebäude, und zwar auch nicht sämtliche, sondern nur ein Teil jener Gebäude, welche auf Oesterreichischem Gebiete sich befinden. In erster Linie wird hervorgehoben, daß den Aktionären die Gebäude der Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank auf Oesterreichischem Gebiete gebühren. Die Gebäude in Wien bleiben also mit Ausnahme der gleich zu erwähnenden Druckerei von der Vereinbarung ausgeschlossen. Die Bank besitzt Filialen in Bregenz, Graz,